

27.1..2007 - 2. Beratung zu: Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) (Gesetzgebung)

Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!
Im Moment könnte man in der Debatte wirklich den Eindruck gewinnen, in der Opposition sei der finanz und sozialpolitische Sachverstand ausgebrochen.

(Beifall bei der FDP – Carl-Ludwig Thiele
[FDP]: Für die FDP stimmt das auch!)

Wenn wir uns aber anschauen, was sich vor den Türen dieses Hauses abspielt, dann stellen wir fest, dass Ihnen selbst Ihre Experten davonlaufen. Ich denke an den ehemaligen Kollegen Oswald Metzger, der die Grünen aus Protest gegen deren sozialpolitische Vorstellungen verlässt. Lieber Kollege Bahr, auch Sie sind noch meilenweit von Ihrem Projekt 18 entfernt, und deshalb sollten Sie hier im Haus mit konkreten, guten Vorschlägen überzeugen. Ich glaube, dann wären wir schon viel weiter, denn dann hätten wir etwas Konkretes zu diskutieren.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Ich dachte, ihr wollt beim nächsten Mal zusammen regieren!)

Meine Damen, meine Herren, wir halten am Kurs der Haushaltssanierung fest. Nach zwei Jahren der Regierung unter Bundeskanzlerin Merkel haben wir mehr Wachstum, mehr Arbeit und mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land erreicht. Wir sanieren den Haushalt, um in unserem Land **Generationengerechtigkeit** zu schaffen und die Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder zu sichern. Das gilt auch für andere Bereiche als den Haushalt im engeren Sinne. Der Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren zieht sich auch durch unsere Gesundheitspolitik und ist ein ganz wesentlicher Teil der Reformarbeit der Großen Koalition.

Wir sanieren das Gesundheitswesen, indem wir zum Beispiel die **Schulden bei den Krankenkassen** abbauen. Herr Bahr, Sie und Ihre Kollegen erinnern sich vielleicht noch: Über 8 Milliarden Euro betrug die Schulden im Jahre 2003. Für das nächste Jahr besteht die Erwartung, dass wir den Schuldenstand abgebaut haben werden. Das sind Erfolge. Das sind Leistungen, die diese Regierung mit möglich gemacht hat. Wir reformieren die Strukturen bei der gesetzlichen und bei der privaten Krankenversicherung, indem wir Verantwortung, Transparenz und Wettbewerb stärken. Wir investieren in mehr Lebensqualität und Leistungsgerechtigkeit, indem wir die Budgets abbauen, Bürokratie verringern und die Versorgung der Menschen durch mehr Pflege, Rehabilitation und Prävention verbessern.

Die **Halbzeitbilanz der Großen Koalition** ist gut, und die Arbeit lohnt sich. Ich sage das, auch wenn die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner in den vergangenen zwei Jahren nicht immer leicht war. Das ist kein Geheimnis. Doch, das will ich auch in Anwesenheit der Gesundheitsministerin ausdrücklich sagen: SPD und Union kommen aus unterschiedlichen Richtungen. Wir haben unterschiedliche Überzeugungen. Niemand hat geglaubt – Sie hier im Hause schon gar nicht –, dass wir es zusammen schaffen können, aber wir haben immer einen neuen Weg gefunden,

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Die Koalition zu erhalten!)

um unserer Verantwortung gerecht zu werden. Das werden wir auch in der Zukunft schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sanieren. Die neuesten Finanzschätzungen auf der Grundlage der Rechnungsergebnisse des dritten Quartals in der gesetzlichen Krankenversicherung prognostizieren für dieses Jahr einen Überschuss von bis zu 1,5 Milliarden Euro.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Nach massiven Beitragserhöhungen!)

Die Orts- und die Ersatzkassen – Sie sitzen doch in einer, lieber Kollege – gehen von **Beitragssatzstabilität** im Jahr 2008 aus.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Nachdem sie Anfang des Jahres erhöht haben! – Gegenruf des Abg. Max Straubinger [CDU/CSU]: Nur weil sie in der Vergangenheit immer Schulden gemacht haben!)

Das heißt, die Entschuldung ist vorangekommen. Wir werden hier weiter fortschreiten. Die Entschuldung ist der erste Schritt zu einer nachhaltigen, generationengerechten Finanzierung. Ich sage auch ganz klar: Weitere Schritte müssen folgen. Das Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Sozialversicherungen von der demografischen und vor allem von der konjunkturellen Entwicklung unabhängiger werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich zum Stichwort Reformieren etwas sagen. Wir können jetzt schon feststellen, dass mit der Gesundheitsreform der **Wettbewerb** in der gesetzlichen Krankenversicherung konsequent ausgebaut wurde. Das Wettbewerbsstärkungsgesetz hat seinen Namen verdient. Es wurde ein wichtiges gesundheitspolitisches Ziel der

Union umgesetzt. Transparenz, Wettbewerb und Wahlfreiheit, das sind für uns wesentliche Elemente eines zukunftsfähigen Gesundheitswesens.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit der neuen Finanzierung über den Fonds und den Zusatzbeitrag schaffen wir ab 2009 Transparenz über die Leistung und die Wirtschaftlichkeit der Kassen – und das in Euro und Cent. Diese Transparenz ist auch die Grundlage für die Vergleichbarkeit. Das stärkt die Wahlmöglichkeiten der Versicherten und die Verantwortung der Kassen für die Kosten und für die Verträge.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben damit die große Chance, durch gute Qualität zum besseren Preis die Versorgung wirtschaftlicher und effizienter zu gestalten und vor allen Dingen den Nutzen für die Versicherten und für die Patientinnen und Patienten zu vergrößern.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Dann hören Sie sich mal an, was die Bundesärztekammer zur Situation der Krankenhäuser sagt! Die reden von industrieller Massenproduktion!)

Es lässt sich jetzt schon feststellen, dass die Möglichkeiten, die wir in der Gesundheitsreform eröffnet haben, von den Akteuren zunehmend genutzt werden. Die Marktmechanismen zeigen schon erste positive Wirkungen. Wirtschaftlich agierende Krankenkassen nutzen ihre Chancen durch die Möglichkeiten der größeren Vertragsfreiheit ganz konsequent aus. Wir werden insbesondere erleben, wie Qualitätsangebote der Versorgung im Wettbewerb zum Durchbruch kommen.

Schauen wir uns die Situation bei den **Arzneimitteln** an! Sie erinnern sich an die heißen Diskussionen um das AVWG im letzten Jahr. Was ist die Folge? Wir haben eine Preisreduzierung zu verzeichnen mit der Folge, dass 24 000 Arzneimittel in Deutschland mittlerweile zuzahlungsfrei sind. Das sind 78 Millionen Euro weniger an Zuzahlungen. Das sollte sich die PDS bzw. die Linke einmal hinter die Ohren schreiben! Das sind nämlich Entlastungen für Menschen mit geringem Einkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Schauen wir uns die Ausschreibungen und die **Rabattverträge** an, die zwischen den Kassen und den Herstellern jetzt möglich sind!

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Die Pharmakonzerne freuen sich!)

Mittlerweile haben 238 Kassen Rabattverträge abgeschlossen – mit Hunderten Millionen Euro Einsparpotenzial. Die großen Tanker sind also in Bewegung gekommen. Sie haben einen Kurswechsel in Richtung einer Politik niedrigerer Preise geschafft, und das ist auch gut so.

Es gab natürlich Anlaufschwierigkeiten; das wollen wir nicht verschweigen. Ich hätte mir gewünscht, dass gerade dann, wenn sich alle Beteiligten auf neue Rahmenbedingungen einstellen müssen, die Betroffenen frühzeitig einbezogen und vor allen Dingen rechtzeitig informiert worden wären.

Viel Ärger, Verunsicherung und auch manches Unbehagen hätten dadurch verhindert werden können. Aber diese ersten Schwierigkeiten sind überwunden. Die Patienten profitieren insbesondere von den vielfältigen Zuzahlungsbefreiungen. „**Wahltarife**“ ist ein weiteres Stichwort. Durch die neuen Wettbewerbs- und Vertragsmöglichkeiten werden sie Realität. So viel Freiheit war nie.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Das ist wohl wahr! Zulasten der Solidarität!)

Ob Hausarzttarife, Kostenerstattung oder integrierte Versorgung – vieles ist machbar, und immer mehr wird angeboten. Das ist für viele – zugegebenermaßen – eine große Umstellung. Aber völlig klar ist: Das ist kein Zwang, sondern ein Kann. Unabhängig davon, wie sich die Menschen heute oder in Zukunft entscheiden: Es bleibt bei einem umfassenden Versicherungsschutz. Dafür stehen wir als Union.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kommen wir zu einem weiteren Bereich: zu den Investitionen. Wir wissen, dass im Gesundheitswesen Kostendämpfung allein nicht weiterführt. Wir müssen die Ursachen für Krankheit und damit die Ausgabensteigerungen bekämpfen und deshalb in Gesundheit investieren. Daher verbessern wir gerade die **Prävention** und die Rehabilitation.

Schutzimpfungen sind zur Pflichtleistung geworden. Es ist doch schön, dass mittlerweile 40 Prozent der Mädchen zwischen 12 und 17 Jahren in Berlin die Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs erhalten haben. Das sind doch wirklich Fortschritte. Dafür haben wir gekämpft; dies haben wir umgesetzt.

Stichwort „medizinische Rehabilitation“. Wir haben sie zur Pflichtleistung gemacht. Jetzt muss es sich bis zur letzten Krankenkasse herumsprechen, dass die alten Regeln nicht mehr gelten und Pflichtleistung auch heißt, dass bewilligt werden muss, außer der Medizinische

Dienst der Krankenversicherung erhebt Einwände. Wir wissen, hier können und müssen wir vorankommen. Das hilft den Menschen.

Zur **Budgetierung**. Wir wissen, dass dies auf Dauer Rationierung bedeutet und in der Zweiklassenmedizin und in Abwanderung endet. Deshalb investieren wir in die Köpfe, in diejenigen, die eine hochqualifizierte Versorgung erbringen und in der Fläche gewährleisten. Hier hat die Selbstverwaltung im Oktober bewiesen, dass sie ihre Hausaufgaben machen kann. Wir sind auf einem guten Weg zu mehr Verlässlichkeit und mehr Leistungsbereitschaft sowie zu einer leistungsgerechten Honorierung der Ärzteschaft. Das ist wichtig, das brauchen wir; denn das ist die Grundlage dafür, dass die medizinische Versorgung in unserem Land überhaupt funktionieren kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich einen Ausblick in die Zukunft geben. Wir legen eine Pflegeversicherungsreform vor, in der wir das Thema anpacken, das die Menschen in der Pflege am meisten berührt: das Thema **Demenz**. Wir verbessern zum ersten Mal seit Einführung der Pflegeversicherung die Pflegeleistungen und werden am Ende zu einer Dynamisierung kommen. Das hat die Vorgängerregierung nicht geschafft. Wir kommen hier voran. Denken Sie an das Leuchtturmprojekt Demenz, das die Bundesregierung voranbringt und für das wir umfangreiche Mittel aufwenden, um zur Entwicklung und Erprobung neuer Pflegekonzepte beizutragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Auch die Prävention ist für uns ein zentrales Koalitionsprojekt; denn Prävention stärkt die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitswesens.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn es so zentral ist, warum zofft ihr euch wie die Kesselflicker?)

Wir wollen Prävention und Gesundheitsförderung an prioritären Zielen orientieren und keine unsinnigen Wellnessangebote finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen die Kooperation der Akteure und der Maßnahmen fördern und dabei Bewährtes stärken und weiterentwickeln, anstatt bestehende erfolgreiche Strukturen zu zerschlagen. Wir wollen die Qualität in der Prävention voranbringen, ohne neue aufwendige Bürokratie aufzubauen. Wir wollen mit unserem Konzept die Verantwortung des Einzelnen in der Gesellschaft stärken. Darauf kommt es an. Wir wollen keinen Flickenteppich,

keinen Einheitsbrei. Wir wollen keinen Etikettenschwindel, sondern Prävention, Vorbeugung und Gesundheitsvorsorge im Interesse der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch wenn es manchmal im Gebälk kracht: Erfolg lässt sich nicht am Weg, sondern am Ende nur am Ergebnis feststellen, und das ist gut.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD-Fraktion)